

## AUTOMATEN-AUFSTELLER

# Wirksame Maßnahmen gegen Spielsucht

Automaten-Aufsteller bieten Suchthilfe an. Das ist so, wie wenn Schnapsbrenner Anti-Alkohol-Beratungen durchführen, kritisiert Ernest Kaltenegger.

Tausende Steirerinnen und Steirer sind Opfer einer unkontrollierten Glücksspielindustrie. Gesetzliche Regelungen zum Schutz der Menschen werden von SPÖ und ÖVP hinausgezögert. Die Suchtberatungsstelle b.a.s. bräuchte eine Verdoppelung des Personals, um den Ansturm von Spielsüchtigen bewältigen zu können. Stattdessen wollen nun die Automatenaufsteller Suchthilfe anbieten.

Die KPÖ fordert eine Erhöhung der Abgaben auf Geldspielautomaten nach Wiener Muster. Das würde dem Land 4,4 Millionen Euro monatlich zusätzlich einbringen. Genug, um Therapieangebote und Aufklärungsarbeit für 15.000 Spielsüchtige und über 50.000

von der Spielsucht Betroffene in der Steiermark auszubauen.

## Bundesgesetz

Stattdessen ist eine Verschärfung der Situation vorprogrammiert, wenn die Glücksspiel-Gesetzesnovelle bundesweit beschlossen wird. sie ist ein Freibrief für den Automatenkonzern Novomatic (Admiral-Gruppe) und nimmt dem heimischen Gesetzgeber die Einflussmöglichkeit.

KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger fordert eine steiermarkweite Aufklärungskampagne, wie es sie auch in deutschen Bundesländern gibt.

Kritische Wort findet Ernest Kaltenegger zur „Helpline für Automaten Spielsucht“ von den Automatenbetreibern: „Das ist so, wie wenn der Schnapsbrenner auch gleich eine Beratung über Alkoholabhängigkeit anbietet. Das soll nur darüber hinwegtäuschen, wie viel Schaden durch die Spielautomaten angerichtet wird.“



Den Bock zum Gärtner machen? Private Glücksspiel-Anbieter geben vor, die Spielsucht zu bekämpfen.

## KOMMENTAR

# Mehr Geld für die Spitäler

VON KPÖ-LABG. WERNER MURGG



Der Landtag hat sich mehrheitlich für den Erhalt der Chirurgien in Bad Aussee und Mürzzuschlag ausgesprochen. Jetzt wird der Teufel an die Wand gemalt. Man tut so, als wäre unser Spitalsystem vom finanziellen Untergang bedroht, weil die beiden chirurgischen Abteilungen nicht geschlossen werden dürfen. Von den Schließungsbefürwortern wird plötzlich die finanzielle Misere der KAGES ins Spiel gebracht.

Bisher wurde von Hirt & Co immer mit zu geringen Operationszahlen und daraus resultierend mit einem Sicherheitsrisiko für Patientinnen und Patienten argumentiert. Eine glatte Lüge! Es geht wie immer ums Geld. Das habe ich bereits mehrmals im Landtag gesagt. Unserem Gesundheitssystem müssen endlich die Mittel zugeführt werden, die zur Aufrechterhaltung einer guten, flächendeckenden Versorgung dringend notwendig sind. Es ist ungeheuerlich, dass der Bevölkerung in den steirischen Regionen anlässlich einer Spitalsequete von einem so genannten „Gesundheitsökonom“

ausgerichtet wird, wir brauchen nicht hinter jedem Busch ein Krankenhaus – und SPÖ und Grüne dazu applaudieren.

Das Geld muss dort geholt werden, wo es vorhanden ist: beispielsweise durch eine für das soziale und medizinische System zweckgebundene Wertschöpfungsabgabe der Konzerne. Deren Rationalisierungsgewinne gehören abgeschöpft. Noch etwas: Die Unternehmer haben derzeit rund eine Milliarde(!) Euro Schulden bei den Krankenkassen.

Unlängst hat ein Leitartikler einer großen Tageszeitung zur steirischen Spitalsmisere gemeint, Politik sei schmerzfrei nicht zu haben. Ich frage mich: Wo leben wir eigentlich? Warum sollen den einfachen Menschen in einem der reichsten Staaten der Welt von der Politik laufend Schmerzen bereitet werden, während die Geldsäcke von eben dieser Politik mit Milliarden-Bankenrettungspaketen schmerzfrei gestellt werden?

Werner Murgg  
KPÖ-Landtagsabgeordneter  
ltk-kpoe@stmk.gv.at

## KINDERGARTEN-PÄDAGOGINNEN

# Länger arbeiten

KindergartenpädagogInnen müssen künftig länger arbeiten – das haben SPÖ, ÖVP und Grüne im Landtag durchgepeitscht.

Beim Dienst- und Besoldungsrecht der Landesbediensteten kommt es teilweise zu erheblichen Verschlechterungen. Die Verschlechterun-

gen betreffen eine ohnehin nicht mit üppiger Bezahlung ausgestattete Berufsgruppe: KindergartenpädagogInnen und HelferInnen werden zukünftig länger arbeiten müssen. Außerdem kommt es zu weiteren dienstrechtlichen Verschlechterungen. Die KPÖ ist prinzipiell gegen Verschlechterungen von Arbeitsverhältnissen.